

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich
Fachbereich
Bearbeitet von:

Eigenbetrieb Entwässerung

Datum

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

08.05.2002

Rat

22.05.2002

Betreff:

Verlegung der Rösche Reinhold-Forster-Erbstollen

hier:

Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Für die Vergabe von Aufträgen zur Fertigstellung der Maßnahme "Verlegung Rösche Reinhold-Forster-Erbstollen" wird gemäß § 82 Abs. 1 i. V. m. § 84 Abs. 1 GO NW eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) bei der Haushaltsstelle 1.690.9547.7 - 52 Verlegung Rösche Reinhold-Forster-Erbstollen, Baukosten - in Höhe von 100.000 € bereitgestellt.

Die Deckung erfolgt durch Nichtinanspruchnahme von VE bei der Haushaltsstelle 1.690.9532.9 - 37 Auswechslung Verrohrung Gosenbach, Baukosten - in gleicher Höhe.

Sachverhalt / Begründung:

Durch Verlandung ist die hydraulische Leistungsfähigkeit der Rösche erheblich reduziert. Schädigungen der Anlieger bei Hochwasser sind die Regel. Die Unterhaltung des gestickten Gewölbes ist durch Überbauung und fehlende Revisionsöffnungen nicht möglich. Der bauliche Zustand ist fraglich.

Aufgrund der Dringlichkeit ist die Gesamtvergabe der Baumaßnahme erforderlich. Eine Stückelung in verschiedene Bauabschnitte, auf mehrere Jahre verteilt, würde höhere Baukosten mit sich führen.

Die Verlegung der Rösche Reinhold-Forster-Erbstollen ist im Investitionsplan (IP) mit einem Gesamtbedarf von 380 T€ ausgewiesen. Gem. einer aktuellen Kostenermittlung verringert sich die Auftragssumme auf ca. 280 T€.

Für die Abwicklung der Maßnahme stehen in diesem Haushaltsjahr Haushaltsreste in Höhe von ca. 194 T€ zur Verfügung, die bereits geringfügig (15 T€) mit Aufträgen belegt sind. Die weitere Finanzierung erfolgt nach IP in den Jahren 2003 (25 T€) und 2004 (140 T€).

Aufgrund des vorgenannten Sachverhaltes erfolgt eine Gesamtvergabe des Auftrages in Höhe von ca. 280 T€ im Haushaltsjahr 2002. Für die Einbuchung der in diesem Jahr nicht mehr kassenwirksamen Mittel ist die Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung erforderlich. Die kassenmäßige Abwicklung der Verpflichtungsermächtigungen erfolgt im Jahr 2003, das Investitionsprogramm wird entsprechend angepasst.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen: